

RUGBARTH

SPD

intern



Andrea Rugbarth MdHB - Fachsprecherin für Mittelstand und Handwerk

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

vorab eine Personalie: Innerhalb der Fraktion habe ich eine weitere Funktion übernommen: Als Nachfolgerin von Thomas Völsch, der die Leitung des Bezirksamts Harburg übernommen hat, bin ich als Sprecherin unserer Fraktion zuständig für die Öffentlichen Unternehmen in Hamburg. Mein Newsletter befasst sich auch diesmal mit einer Palette bunter Themen - ich wünsche viel Vergnügen beim Lesen und freue mich über Rückmeldungen.

Herzlichst

Andrea Rugbarth

RUGBARTH AKTUELL

Mietrecht in Hamburg: Künftig soll die Maklercourtage hälftig vom Vermieter getragen werden. Das sieht eine SPD-Initiative vor. Dies dürfte dazu führen, dass Vermieter seltener einen Makler einschalten. Die Maklercourtage von häufig mehreren tausend Euro trifft Mieter besonders hart. Für viele Gering- und Normalverdiener ist die Belastung zu hoch, sie bleiben bei den über Makler angebotenen Wohnungen auf der Strecke.

AUSGABE JUNI 2012

Aktuelles aus meinen Ausschüssen und der Bürgerschaft



Finanzpolitik

Schuldenbremse

Von 2020 an gelten in Hamburgs Finanzhaushalt strengere Regeln

SPD, GAL und FDP, die über eine verfassungsändernde Mehrheit in der Bürgerschaft verfügen, haben sich darauf verständigt, eine Schuldenbremse in Hamburgs Verfassung einzufügen. Der Antrag zur Änderung und Ergänzung des Artikels 72 der Verfassung wurde beschlossen. Damit wurden Expertenhinweise und ein Vorschlag des scheidenden Rechnungshofpräsidenten Dr. Jens Meyer-Abich aufgegriffen. (Bericht Seite 3)



Ordnungspolitik

Spielhallengesetz

Wir brauchen ein faires Gesetz gegen die Flut an Spielstätten

Das von der SPD-Fraktion vorgelegte Spielhallengesetz bedarf nach der durchgeführten Sachverständigenanhörung noch einiger Korrekturen. Tritt z.B. die Regelung in Kraft, wonach zwischen zwei Spielhallen 500 Meter Abstand eingehalten werden soll, muss die Hälfte der Spielhallen in Hamburg schließen. Dies würde eventuell vor allem kleine Gewerbetreibende treffen. Mehr hierzu auf Seite 2.



Agrarpolitik

Gift in Lebensmitteln

Illegal aus China importierte Pestizide sind eine Bedrohung

Die organisierte Kriminalität verdient mit billig und illegal aus China importierten Pestiziden pro Jahr mehrere Milliarden Euro – und gewissenlose Händler schmuggeln krebserregende Substanzen, die in Deutschland verboten sind, in die Nahrungskette. Das Gift gefährdet die Gesundheit von Mensch und Tier und schädigt die Umwelt. (Bericht auf Seite zwei).



Neues aus der Hamburgischen Bürgerschaft

Stoppt die Giftstoff-Mafia! Gefahr durch illegal importierte Pestizide

Pressemitteilung vom 19. Mai: Hamburg / Mainz. Andrea Rugbarth, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, fordert die Politik in Berlin und Brüssel auf, endlich konsequent den Kampf gegen den Handel mit illegalen Pflanzenschutzmitteln aufzunehmen.

Rugbarth: „Die organisierte Kriminalität verdient mit billig und illegal aus China importierten Pestiziden pro Jahr mehrere Milliarden Euro – und gewissenlose Händler schmuggeln krebserregende Substanzen, die in Deutschland verboten sind, in die Nahrungskette. Das Gift gefährdet die Gesundheit von Mensch und Tier.“

Die Fachsprecherin für Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft kehrte am Donnerstag von einer Konferenz der agrarpolitischen Sprecher von Ländern, Bund und EU in Mainz zurück und brachte eine von ihr angeregte Resolution zum Kampf gegen den illegalen Pestizid-Handel mit. Darin fordern die Agrar-Experten die konsequente Verfolgung der Giftstoff-Banden, strikte Verbote und harte Sanktionen, scharfe Kontrollen und eine Umkehr der Beweislast bei Beschlagnahme von unklar deklarierter Ware.

Dem Hamburger Hafen als Warenumserschlagplatz kommt hier hohe Bedeutung bei. „Laut Europol sind Kriminelle sehr geschickt, wenn es darum geht über hochkomplexe Lieferketten und legale Firmen ihre getarnte illegale Ware an den Behörden vorbei an ihre Adressaten zu bringen“, so Andrea Rugbarth. Waren, für die Hamburg lediglich Transit-Hafen ist, müssen künftig vom deutschen Zoll nicht nur kontrolliert, sondern notfalls gestoppt werden können. Rugbarth: „Dazu brauchen wir schnell einheitliche Standards mit unseren europäischen Nachbarn.“

Andrea Rugbarth will Druck in Berlin und Brüssel machen. Die EU-Kommission messe der Erarbeitung einer Kontrollverordnung zu Pestiziden derzeit noch die unterste Prioritätsebene zu. Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden. „Die Gefahr muss endlich erkannt werden!“

Anfang des Jahres wurde in Hamburg ein Kaufmann zu Bewährung und einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er das krebserregende Pestizid Nikotinsulfat aus China eingeführt und an Gartenbaubetriebe weiterverkauft hatte.

Dicke Vorstandsgehälter bei der HHLA: Empörung berechtigt. Aber nicht bei der CDU

Die Empörung über die Höhe der Vorstandsgehälter bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) ist berechtigt. Scheinheilig indes ist die gespielte Empörung bei der Opposition..

Die jetzt heftig diskutierten Vergütungen wurden von der Vorgängerregierung u.a. mit CDU-Staatsrat Frigge beschlossen. Ich trete für eine Kultur der neuen Bescheidenheit von Managern öffentlicher Unternehmen ein. Es ist meiner Meinung nach nicht angebracht, dass sich die Vergütungen bei öffentlichen Unternehmen an internationalen Vergütungssystemen orientieren. Eine solche Gier ist die Wurzel der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der Entwurf für ein neues Spielhallengesetz muss überarbeitet werden

Das von der SPD-Fraktion vorgelegte Spielhallengesetz bedarf nach der durchgeführten Sachverständigenanhörung noch einiger Korrekturen. Als Fachsprecherin für den Mittelstand kann ich es nicht akzeptieren, wenn das Gesetz den kleinen Betrieben zusetzt.

Die Spielsucht bekämpft man nicht damit, indem man per großer Flurbereinigung versucht, einer Flut von Spielstätten im Stadtgebiet Herr zu werden. Tritt der jetzt vorliegende Gesetzentwurf in Kraft, wonach zwischen zwei Spielhallen 500 Meter Abstand eingehalten werden soll, muss die Hälfte der Spielhallen in Hamburg schließen.

Großbetriebe mit mehreren Spielstätten verlören auf diese Weise die eine oder andere Spielstätte. Kleine Gewerbetreibende allerdings verlören ihre Existenz. Einfacher und effektiver wäre es, in bestimmten Bezirken, die für die Betreiber besonders attraktiv erscheinen, nur eine begrenzte Anzahl von Konzessionen auszustellen. Grundsätzlich müssen auch Spielhallen-Betreiber als Gewerbetreibende fair und nach geltendem Gesetz behandelt werden.

Inklusion an Hamburgs Schulen: Alle Schüler sind förderbedürftig

Seit Beginn des Schuljahres 2011/12 besuchen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Hamburg die Regelschulen. Geistig und körperlich behinderte SchülerInnen und sogenannte LSE-Kinder, also Kinder, die sich mit Lernen, Sprache und emotionaler Entwicklung schwer tun, nehmen am normalen Unterricht teil.

„Inklusion“ in Schulklassen bedeutet: Einbeziehung, Einschluss, Eingeschlossenheit, Dazugehörigkeit. Der Inklusion-Idee liegt das Prinzip zugrunde: Alle Kinder sind förderbedürftig. Bei geistig und körperlich Behinderten liegt ein festgestellter Förderbedarf vor.

Protest bei Schulen und der Gewerkschaft GEW gab es mit Blick auf die LSE-Kinder: Kinder mit LSE-Förderbedarf erhalten pro Woche 3,5 zusätzliche Unterrichtsstunden an Halbtagschulen und 3,8 zusätzliche Unterrichtsstunden an Ganztagschulen zugewiesen. Das Personal wird den Schulen pauschal nach einem Schlüssel zugewiesen, der sich an der Gesamtschülerzahl und der sozialen Lage der Schulen orientiert.

Schüler mit speziellem Förderbedarf erhalten 7,0 bzw. 9,0 zusätzliche Unterrichts-Wochenstunden.

Die Ausstattung der früheren Integrativen Regelklasse (IR) für die LSE-Kinder war vergleichsweise üppig: je IR-Klasse war eine halbe Stelle sonderpädagogische Lehrkraft abgestellt. Nach dem neuen Schlüssel erhalten alle Schulen die oben genannte systemische Zuweisung von 3,5 bzw. 3,8 Wochenstunden, weil man davon ausgehen kann, dass etwa fünf Prozent der Schüler eines Jahrganges sonderpädagogischen Förderbedarf haben.

Damit ist die Hamburger Förderung höher als in allen anderen Bundesländern. Das Konzept nimmt keine Einsparungen vor, sondern führt zu einer ressourcenneutralen Umverteilung des Personals - einige Schulen geben Personal ab, andere gewinnen dazu.

Weitere Nachrichten - und Besuch aus Nürnberg

Schuldenbremse im Jahr 2020: So soll Hamburgs Verfassung ergänzt werden

„Die europäische Schuldenkrise führt uns vor Augen, dass wir auch vor Ort handeln müssen. Mit einem breiten Konsens wird uns auch in Hamburg der Weg aus der Verschuldungsfalle gelingen“, sagt Fraktionschef Andreas Dressel zum Thema Schuldenbremse.

Im Einzelnen enthält die Verfassungsänderung folgende Punkte:

- Das vom Grundgesetz vorgegebene Verbot, neue Schulden zu machen, tritt formell entsprechend dem Grundgesetz zum 1.1.2020 in Kraft.
- Die Verfassung erlaubt ab 2020 die vom Grundgesetz vorgegebenen Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot: Notkredite bei Katastrophen/Unglücken/Krisen (Artikel 72 Absatz 3) und "atmende" Konjunkturkredite (Artikel 72 Absatz 2), die in konjunkturellen Schwächephasen aufgenommen und in Boomjahren zurückgezahlt werden müssen.
- Die Feststellung, ob ein "Notfall" vorliegt, unterliegt künftig einem 2/3-Parlamentsvorbehalt in der Bürgerschaft (Artikel 72 Absatz 3 Satz 2).
- Ab dem nächsten Haushalt: Verfassungsfeste Verpflichtung zum Defizitabbau ("kontinuierlich, möglichst gleichmäßig", Art. 72a Satz 2).
- Ab dem nächsten Haushalt: Verfassungsauftrag zur Verminderung der Nettokreditaufnahme (Artikel 72a Satz 4).
- Verpflichtung zur Vermeidung der Nettokreditaufnahme in 2019 (als Soll-Vorschrift, d.h. bei normalem bis gutem Verlauf muss bereits im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2019/2020 auf neue Schulden verzichtet werden, Artikel 72a Satz 3).
- Verfassungsfeste Verpflichtung zur Vorlage eines Finanzplanrahmengesetz für 2013 und Folgejahre mit festen Ausgabenobergrenzen (Artikel 72a Satz 5).
- Die Notwendigkeit der Einnahmesicherung als Basis für den Konsolidierungsweg ist in der Verfassungsbegründung ausdrücklich hervorgehoben und konkretisiert.

Unser Kita-Sofortpaket:

Gute Politik für Hamburgs Familien

Die aktuellen Maßnahmen der SPD im Einzelnen: Rücknahme der allgemeinen Erhöhung der Elternbeiträge von bis zu 100 Euro monatlich; Rücknahme der extremen Gebührenerhöhung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder; Abschaffung des Essengeldes; Beitragsfreies letztes Kita-Jahr auch für "Kann-Kinder" und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr. Damit schaffen wir allein durch die Streichung des Essengeldes für die Eltern von mehr als 70.000 Kindern finanzielle Entlastung; durch die Gebührensenkung für mehr als 19.000 Familien in Hamburg mehr finanziellen Spielraum für die Herausforderungen des Alltags, größere Planungssicherheit und eine erhebliche Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir schaffen die Ungerechtigkeiten wieder ab, die Familien mit Kindern mit Behinderungen widerfahren ist.



Empfang einer Delegation der Stadtverordnetenversammlung aus Nürnberg - das Foto entstand im Rathaus. Bild: jo

Besuch aus Nürnberg: Über Christi Himmelfahrt besuchte uns eine Delegation der SPD-Fraktion der Nürnberger Stadtverordnetenversammlung. Gemeinsam mit den Fraktionskollegen Barbara Nitruich und Jens-Peter Schwieger empfing ich die Genossinnen und Genossen und gab einen Einblick in die Hamburger Landes- und Regionalpolitik.

Beteiligung an Netzgesellschaften: Ein großer Schub für die Energiewende

Beim Anteilserwerb an den drei Netzgesellschaften hat der Senat gut verhandelt, um das finanzielle Risiko für die Stadt auf lange Zeit zu minimieren. Wir haben einen vernünftigen und finanziell vertretbaren Weg gewählt, der das Risiko für die Stadt begrenzt und zugleich der Energiewende in Hamburg einen großen Schub gibt.

Das unternehmerische Risiko tragen in den kommenden Jahren fast vollständig die Mehrheitsgesellschafter, E.ON-Hanse und Vattenfall. Hamburg erhält eine garantierte Dividende ausgeschüttet, die die Refinanzierungskosten des Kaufpreises deckt und Tilgung ermöglicht. Wir haben im vergangenen halben Jahr intensiv über die Beteiligung an den Energienetzen diskutiert und sind der Opposition in Verfahrensfragen sehr weit entgegen gekommen. Der Senat hat darüber hinaus eine Vielzahl an Informationen und Unterlagen bereitgestellt. Nun immer noch zu behaupten, dies Verfahren sei intransparent und parlamentarisch übereilt gewesen, geht völlig an der Realität vorbei.

Hinweis: Ab sofort steht ein umfangreicher Fragen- und Antwortkatalog zur strategischen Beteiligung an den Energienetzen im Internet bereit.

Nachrichten, Termine, Impressum

Bebauungsplan Langenhorn 73: Der Senat greift ein

In der Auseinandersetzung um den Bebauungsplan Langenhorn 73 hat der Senat das Verfahren an sich gezogen. Das ist gut so. Es besteht die Aussicht, dass die Blockade gegen den Bau eines wünschenswerten Wohnungsbauprojekts beendet werden kann. Eine öffentliche Informations-Versammlung findet am 12.Juni statt.

Das Eingreifen des Senats nach einem Bürgerentscheid muss allerdings die seltene Ausnahme bleiben. Im Falle Langenhorn 73 war sie erforderlich, weil die Bürgerinitiative in unzähligen Gesprächen nicht zu beiderseits annehmbaren Kompromissen bereit war. Die angespannte Situation auf dem Hamburger Wohnungsmarkt – insbesondere bei bezahlbarem Wohnraum – ist nur durch die Schaffung zusätzlicher neuer Wohnungen zu lösen.

Die Evokation von Langenhorn 73 wird nicht bedeuten, dass die bisher gemachten Zusagen an die Mieter der ‚Wulffschen Siedlung‘ keine Gültigkeit mehr hätten. Auch die Bürgerbeteiligung wird fortgeführt werden: Mit dem Ziel eine gute - und möglichst alle befriedigende - Lösung bei der Neugestaltung der ‚Wulffschen Siedlung‘ zu erreichen.

Termine

- 7. JUNI, 16 UHR**
PUA ELBPILHARMONIE
- 9. JUNI, 17.30 UHR**
50JÄHRIGES JUBILÄUM GROSSMARKT
- 12. JUNI, 16 UHR**
RECHNUNGSPRÜFUNG (NICHT ÖFFENTLICH)
- 13. UND 14. JUNI, JEWEILS 15 UHR**
BÜRGERSCHAFT
- 18. JUNI, AB 18 UHR**
PARLAMANTARISCHES SOMMERFEST
- 19. JUNI, 17 UHR**
WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS
- 25. JUNI BIS 1. AUGUST**
PARLAMANTARISCHE SOMMERPAUSE

Rugbarth hilft

Problem mit Ämtern und Behörden?

Besuchen Sie mich in meiner Sprechstunde!

Interesse an einer Rathausführung und an einem Besuch einer Bürgerschaftssitzung?

Rufen Sie an, wir vereinbaren einen Termin.

RUGBARTH INTERN abonnieren oder abbestellen?

Bitte eine Mail an: rugbarth-hh-nord@gmx.de

Das SPD-Abgeordnetenbüro mitten in Langenhorn

Krohnstiegcenter
3. Etage (barrierefrei)
Krohnstieg 41
22415 Hamburg



Bürgersprechstunde
an jedem ersten und
dritten Freitag im Monat
von 13 bis 15 Uhr

Telefon (040) 2857 4888
Fax (040) 2857 4884
rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de

Schwerbehinderten-Sprechstunde
mit Erwin Friedeboldt
an jedem zweiten Mittwoch
im Monat
von 13.30 bis 16 Uhr

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):
Andrea Rugbarth MdHB
22415 Hamburg